



## Presseinformation

Nr. 258 / 2012

Kiel, Montag, 2. Juli 2012

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gesundheit / Nichtrauchererschutz

### Anita Klahn: Präventionspolitik der Dänen-Ampel bleibt planlos

Zur neu entfachten Debatte um das Nichtrauchererschutzgesetz erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Im Rahmen der Debatte zur Verabschiedung des bestehenden Nichtrauchererschutzgesetzes im Jahr 2007 formulierte der SPD-Abgeordnete Peter Eichstädt, er sei zutiefst davon überzeugt, dass das bestehende Nichtrauchererschutzgesetz richtig ist, und ergänzte damals, dass dies ein guter Tag für das Gesundheitsland Schleswig-Holstein sei“, erinnerte Anita Klahn heute.

Die bürgerliche FDP/CDU-Landesregierung habe bewusst darauf verzichtet, das Gesetz zu ändern, da es sich breiter Akzeptanz in der Bevölkerung erfreue und einen vernünftigen Ausgleich zwischen den bestehenden unterschiedlichen Interessen schaffe. Die für den Vollzug des Gesetzes zuständigen Kommunen hätten zudem auch keine Probleme bei der Umsetzung der Vorschriften gemeldet, so Klahn weiter.

„Die Notwendigkeit für eine weitere Verschärfung der Gesetzeslage sieht die FDP daher auch jetzt nicht. Der mündige und eigenverantwortliche Bürger ist durchaus dazu in der Lage, für sich selbst zu entscheiden, ob er eine Lokalität besuchen möchte, wo geraucht werden darf, oder nicht. Eine entsprechende Hinweispflicht ist klar im Gesetz verankert. Die jetzt vorgelegte Studie bietet dagegen keine neuen Anhaltspunkte, da die Ergebnisse durch die Methodik der Studie nur begrenzt aussagekräftig sind. Wichtiger als unnötige Gesetzesverschärfungen ist stattdessen die Verbesserung der Präventionsangebote, insbesondere im Bereich der Jugendlichen.

Mir ist ohnehin völlig unklar, in welche Richtung die Präventionspolitik der Dänen-Ampel geht, wenn einerseits Bürger in ihren Freiheiten weiter eingeschränkt werden sollen und andererseits die Bagatellgrenze für weiche Drogen angehoben werden soll“, so Klahn abschließend.